



INFORMATION

Nummer 44, 26.06.2014

EVG-THÜRINGEN-INFO spezial

Lasst uns um die Schiene kämpfen! AUF NACH BERLIN am 11. Juli!

Wir wollen keine Panik verbreiten und nichts heraufbeschwören, aber wir alle befinden uns in einer verdammt ernstesten Situation! Und deshalb **müssen wir etwas tun!** Mit diesem Infoblatt wollen wir versuchen, die Lage einmal darzulegen, um verstehen zu können, um was es geht.

Aktuelle Situation

Der Nahverkehr auf der Schiene ist, so ist das gesetzlich geregelt, Ländersache. Von dort aus werden Verkehrsverträge mit Eisenbahnverkehrsunternehmen abgeschlossen, die in der Regel zuvor entsprechende Ausschreibungen für die einzelnen Liniennetze gewonnen haben. In diesen Verträgen wird genau geregelt, wie viele Züge fahren und welches Geld die Unternehmen dafür bekommen. Dieses Geld kommt vom Bund, der die Beträge dafür, genau auf jedes Bundesland aufgeschlüsselt, in ein Gesetz, genauer in das Regionalisierungsgesetz, schreibt. Im Abstand von einigen Jahren wird dies neu festgelegt. Diese Neufestle-

gung steht nun direkt bevor, weil die aktuelle Regelung Ende 2014 ausläuft. Nun wissen wir alle: **der Bund will sparen!** Und viele Lobbys sind am Werk beim Kampf um die knappen Mittel (an die Überreichen traut man sich ja nicht ran!). Es muss befürchtet werden, dass es dabei Entscheidungen gibt, die große Probleme nach sich ziehen könnten. Eines steht fest: wenn im konkreten Fall Thüringen weniger Geld bekommen sollte als bisher oder auch nur die festgelegten jährlichen Steigerungsraten für die laufende Preisentwicklung geringer ausfallen, hat dies **Konsequenzen für den Zugverkehr.**

Im aktuellen Nahverkehrsplan Schiene des Freistaates ist das ziemlich unverblümt beschrieben! Dort heißt es (Zitat): *“Sofern die Regionalisierungsmittel ab 2015 nicht an die real zu erwartenden Kostensteigerungen angepasst werden bzw. sogar Reduzierungen gegenüber der bisherigen Dynamisierung erfolgen, sind Einschnitte im ÖPNV zu erwarten. Diese würden dann vorrangig ... das Verkehrsange-*

bot auf schwach nachgefragten SPNV-Strecken betreffen.“

Und diese „Schwachlaststrecken“ sind an anderer Stelle direkt aufgeführt, bei denen es im genannten Fall „detailliertere Betrachtungen“ geben müsse:

- Nordhausen – Ilfeld – Landesgrenze (-Drei Annen Hohne)
- Gera – Zeulenroda – Landesgrenze (-Hof)
- Saalfeld – Blankenstein
- Orlamünde – Pößneck
- Rottenbach – Katzhütte
- Obstfelderschmiede – Cursdorf
- Weimar – Kranichfeld
- Sömmerda – Großheringen
- Fröttstädt – Friedrichroda

Eingeleitet wird der entsprechende Absatz im Nahverkehrsplan mit der Bemerkung, dass *„bei der Planung des SPNV-Angebotes der Freistaat an den Grundsatz der Thüringer Haushaltsordnung zur wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel gebunden“* sei...! Was das im Klartext bedeutet, dürfte klar sein!

WIR MÜSSEN WAS TUN!

Keine Rede von den Billionen auf privaten Konten! Keine Rede von der drohenden ökologischen Katastrophe und Landschaftsverödung! Erst recht keine Rede von den Eisenbahnern und

deren Familien! Und kein Umdenken in der Verkehrspolitik. Das muss uns natürlich auf den Plan rufen! **Einfach kürzen und sparen ist mit Sicherheit der völlig falsche Weg, längst nicht nur, weil er unsere Arbeitsplätze kaputt macht!**

Daher wird es eine große **EVG-Kampagne** geben zur ganzen Frage der **Zukunft für den Schienenverkehr!** Dabei spielt natürlich auch das Thema der Infrastrukturfinanzierung mit rein! So bedeutet jeder etwa abgestellte Zugkilometer durch das Land auch ein wirtschaftliches Problem für die Infrastrukturunternehmen (und das ist nicht nur die DB Netz AG!).

Unsere Aktionen starten wir am **11. Juli in Berlin**. An diesem Tag treffen sich um 13 Uhr die Landesverkehrsminister im Gebäude des Bundesrates. Wir werden auch dort sein! Beim Thema der Finanzierung durch den Bund haben wir da sicher keinen Dissenz und werden die Länder unterstützen. Aber wir haben auch Forderungen! Etwa, dass die Mittel tatsächlich für den Schienenverkehr zum Einsatz kommen und nicht wie in Thüringen auch die Schulbusse daraus finanziert werden. Und dann wollen wir in das neue Gesetz eine Festlegung reinbekommen, dass bei der Beauftragung eines neuen Unternehmens die Beschäftigten mit ihren tariflichen und sozialen Besitzständen voll abzusichern sind. Denn Spardruck auf Kosten der Eisenbahner muss aufhören!!!

ALSO: wer irgendwie kann, bitte mitkommen am 11. Juli in die Hauptstadt! Meldet euch in der Geschäftsstelle, nähere Infos folgen dann!